

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5
Printed in Ontario



Die Zeitung für Deutschsprachige in Kanada und USA



Nummer 30/280/ 27. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

Oktober 2005 / \$3.50

Diesen Monat im Echo:

Gebührende Ehre



Ken Hegler, ein Freund der deutschen Sprache, wird in Vertretung der Deutschen Botschaft in Vancouver gebührend geehrt. Auf Seite 12 erfahren Sie von Felicitas B. Ackermann mehr über diesen interessanten Menschen, der nebenbei auch gerne „Das Echo“ liest.



Bundestagswahl in Deutschland: 18. September 2005, 18 Uhr: Bei der ersten Hochrechnung brandete unter den CDU-Anhängern frenetischer Applaus auf... aber nicht lange später am Abend waren diese Gesichter vertrübt ...



298 von 299 Wahlkreisen bundesweit ausgezählt
Auszahlungsstand: Bundesgebiet (außer Dresden).

CDU/CSU	35,2 (-3,3)
SPD	34,3 (-4,2)
FDP	9,8 (+2,4)
Die Linke.	8,7 (+4,8)
Grüne	8,1 (-0,5)
Sonstige	3,9 (±0,0)

KOMMENTAR

Merkel ist politisch gescheitert

Berlin - (bg). Angela Merkel hat eine herbe Niederlage erlitten. Die Bäume, die sie gepflanzt hatte, schienen in den Himmel zu wachsen - nun wurden sie auf Buschhöhe beschnitten.

Vielleicht wird Merkel trotzdem Kanzlerin. Aber dann unter ganz anderen Voraussetzungen als von ihr gewünscht. „Durchregieren“ kann sie jedenfalls nicht.

Für ein schwarz-gelbes Bündnis dürfte es nicht reichen. Was bleibt? Eine große Koalition, eine Minderheitsregierung oder eine Ampel, deren neuer Chef der alte wäre: Gerhard Schröder, der unbedingt im Amt bleiben will. Die gelbe Birne dieser Lichtanlage will allerdings partout nicht leuchten. Lustig wird es, wenn die Union jetzt - Jamaika! Jamaika!! - nicht nur mit der FDP, sondern auch mit den Grünen reden möchte. Wo doch angeblich die Gegensätze zwischen Grün und Gelb unüberbrückbar sind.

Was immer herauskommt: Die Macht wird nicht im Kanzleramt gebündelt werden. Die Stellung des Bundesrates und auch des Parlaments ist stärker als zuvor. Schröder, Merkel oder ein Überraschkandidat: Alle müssen künftig noch mehr Rücksicht nehmen. *B. Gaus*

Noch kein(e) Kanzler(in) ... aber die Gespräche gehen weiter

Berlin - Von Fehlern im Wahlkampf will Angela Merkel nichts hören. „Wir stellen künftig die stärkste Fraktion, und Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr“, sagt die Kanzlerkandidatin am Tag danach vor Journalisten in Berlin. Das hätten CDU und CSU 2002 nicht geschafft.

Auch zuvor, in den Sitzungen von Präsidium und Vorstand, war das Bemühen groß, die positiven Aspekte des Wahlsonntags zu sehen. Die CDU-Chefin bekam Beifall für ihren Wahlkampf. Und obwohl die Partei mit ihrem enttäuschenden Ergebnis das Ziel einer schwarz-gelben Mehrheit deutlich verfehlte, kam es nicht zu Debatten über Merkel. Lediglich Karl-Josef Laumann, Chef des Arbeitnehmerflügels CDA, klagte, die Partei habe nicht deutlich gemacht, dass sie sich für seine Kli-

entel einsetzte. Insgesamt aber herrschte, wie ein Vorstandsmitglied erzählt, „eine gedämpfte, aber keine niedergeschlagene Stimmung“.

Denn immerhin ist das Kanzleramt in Augennähe. Doch der Weg dorthin ist unter den Präsidenten umstritten: Soll eine große Koalition angestrebt werden? Oder lieber die „schwarze Ampel“ („Schwampel“) mit Gelb und Grün, die wegen der farblichen Übereinstimmung mit der Fahne der Karibikinsel als „Jamaika-Koalition“ gehandelt wird? Und andere im CDU-Präsidium wollen angesichts der zur Auswahl stehenden Konstellationen gar lieber ganz auf die Macht verzichten.

Merkel, die sich zur Stärkung ihrer Autorität zunächst als Fraktionschefin bestätigen ließ,

kündigte hingegen Gespräche mit dem Ziel der Regierungsbildung an. Erst werde mit der FDP verhandelt, dann mit der SPD, am Schluß mit den Grünen und gar nicht mit der Linkspartei, beschreibt einer der CDU-Granden die Reihenfolge.

Für eine Koalition mit der SPD hatten sich bereits die Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, Christian Wulff und Edmund Stoiber ausgesprochen. Günther Oettinger und Roland Koch gelten hingegen als Befürworter der „Schwampel“, und manche meinen zu wissen, auch Merkel bringe diesem Modell mehr Sympathie entgegen. Die Jamaika-Gemeinde argumentiert mit der Unbeweglichkeit der SPD, die angesichts der Bedrängnis durch die PDS nun noch weiter nach links rutschen werde.



25 Jahre Alexander von Humboldt Schule in Montreal. Vertreter der Handelskammer waren auch dabei. Siehe Seite 20

Auf einen Blick

Impressum	2
Politik	3-6
Wirtschaft	7-9
Lokales	10-21
Bücherecke/Lieder	27
Rätsel/Küche	28
Heiteres	29
Forum	30
Gesundheit	32
Kleinanzeigen	35
Junges Echo	36-37
Sport	38-39

